

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 11 (1897)

145 (25.6.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-260887](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-260887)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat (inkl. Postgebühren) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5290) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., monatlich 70 Pfg. zzgl. Beleggeld.

Redaktion und Expedition:
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon: Reichlich Nr. 58.

Interate werden die fünfspaltige Corpusspalte oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechendes Rabatt. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Interate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Interate werden früher erbeten.

Nr. 145.

Bant, Freitag den 25. Juni 1897.

11. Jahrgang.

Wie die Reaktion aussieht.

„Sehe ich so aus, wie ein Reaktionär? Sieht denn der Herr Reichsanwalt so aus?“ fragte Herr v. Böttcher, der „Sprechminister“, als er im Reichstage vom Genossen Singer wegen des letzten Attentats auf die Versammlungs- und Vereinsfreiheit zur Rede gestellt worden war. Obgleich diese naive Frage im Reichstage mit „großer Heiterkeit“ aufgenommen wurde, gibt es doch noch weite Kreise, für welche sie in gewissem Sinne nicht gleichgültig ist, welche die einzelnen Minister für wichtige Personen halten und daher glauben, man brauche nur diese Personen zu beseitigen, dann sei auch die Reaktion überunden. Nein, der Reaktion gegenüber spielen diese Herren eine sehr bescheidene Rolle. Die wirtschaftliche Entwicklung ist es, welche uns in die jetzige Reaktion hineingetrieben hat.

Wie sich die wirtschaftliche Entwicklung vollzieht, erfährt man am besten aus der seitens des kaiserlichen statistischen Amtes in Berlin veröffentlichten „verläßlichen Mitteilung“ der Hauptergebnisse der Berufszählung vom 14. Juni 1895 im Deutschen Reich. Danach ist bekanntlich die Zahl der Lohnarbeiter seit der ersten Berufszählung am 5. Juni 1882 ganz gemaltig gestiegen. Selbst wenn all die Kleinmeister, die für andere Geschäfte arbeiten, also tatsächlich nichts anderes als Lohnarbeiter sind, zu den Unternehmern gerechnet werden — selbst dann ist die Zahl der Lohnarbeiter drei Mal so groß als die der Unternehmer gewesen und wächst mit jedem Tage. Daß ferner auch von den Bauern die große Masse sich nur für andere Leute abtutet, ist eine ganz allgemein bekannte Thatsache.

Wenn trotzdem die herrschende Klasse ihre Klassenherrschaft aufrecht erhalten, den Staat zur Vereinerung ihres verschwindend kleinen Häufleins ausnutzen will, dann muß sie das arbeitende Volk in Stadt und Land durch Zwangsregeln niederhalten. Denn freiwillig läßt sich eine so überwiegende Mehrheit, der alle nützliche Arbeit ausgedrückt ist, auf die Dauer nicht ausbeuten. Auch die üblichen Verabredungen, von der Vertrohung auf den Lohn im Interesse bis zu der Sozialreform des protestantischen Christentums, werden mit der Zeit wirkungslos.

Eine solche Zwangsregel zur Niederhaltung des arbeitenden Volkes ist das in Preußen bestehende Versammlungs- und Vereinsrecht, das bekanntlich weit davon entfernt ist, dem Volke in der Veranstaltung von Versammlungen und in dem Zusammenschluß zu Vereinen völlig freie Hand zu

lassen, sondern ihm im Gegenteil die mannigfaltigsten Beschränkungen auferlegt. Wo aber das Gesetz nicht genügt, wendet sich die Praxis in anderer Weise zu helfen, namentlich durch Abtreiben der Versammlungs- und Vereinslokale und durch Aufregung der „gefährlichen“ Personen.

Das genügt jedoch der Reaktion nicht und konnte ihr nicht genügen, schon deshalb nicht, weil die Organisationen des arbeitenden Volkes zum Kampfe gegen die jetzige Klassenherrschaft, die Sozialdemokratie, trotz alledem und alledem immer weiter um sich greift. Freilich müßte die Reaktion aus den 12 Jahren unter dem Ausnahmegesetz gelernt haben, daß auch die ärgerliche Vergewaltigung der Arbeiter den Siegeszug der Sozialdemokratie nicht aufhalten vermag. Aber noch niemals hat eine herrschende Klasse, solange sie die Staatsgewalt in der Hand zu haben meint, an das Ende ihrer Herrschaft geglaubt. Sie lebt vielmehr in der „geschichtlichen Auflassung“, wie der konservative Abgeordnete Klasing im Abgeordnetenhaus sagte, „daß die zielbewußte, rücksichtslose Ausnutzung der Nachmittel des Staates zur rechten Zeit ein wesentlicher Faktor zur Bekämpfung der Revolution ist“.

Von diesem Standpunkte aus erklärt sich der Klassenhaß, wie sowohl der genannte Abgeordnete als auch sein fraktionsgenosse Abgeordneter v. Heydenbrand ganz richtig folgerte, banaler, wenn er die sozialdemokratische Agitation widerstandslos über sich ergehen läßt. Erweisen sich aber die bisherigen Zwangsregeln als unwirksam, dann — müssen sie verschärft werden. Hierbei kann sich die Reaktion nicht auf die Arbeiter beschränken. Ist nicht schließlich jede Opposition gegen die herrschende Gewalt zu schwächen und dadurch ihre Widerstandskraft auch gegen die Sozialdemokratie zu lähmen? Ist nicht schließlich jede Opposition eine Aufmunterung zur Revolution für die Arbeiter? In den Augen unserer Junker leisten die Liberalen, wenn sie es auch noch so vorzüglich die Bauern auf ihren Interessengegensatz zu den Großgrundbesitzern hinweisen, Vorarbeit für die Sozialdemokratie. Wie aber sieht es mit dem Mittelstand, der sich gegen die herrschende Korruption, gegen das Elend unten und die Ausbeutung oben, gegen die Vergewaltigung des Volksgutes empört? Deshalb muß das Ziel der Reaktion sein, jedes selbständige Leben und Streben zu erlöchen, der herrschenden Klasse die völlig unbeschränkte Gewalt zu verschaffen.

Zu diesem Ziele wird die Reaktion durch die Logik der Thatsachen gebrängt. Sie kann sich davon durch keine Niederlage abbringen lassen. Wie schmächtig war sie 1890 mit dem Ausnahmegesetz gescheitert, wie schmächtig 1895 mit der Illustrozensur, wie schmächtig wenige Monate später mit dem, gelegentlich der „patriotischen Feiertage“ verfaßten Entrüstungsgrummel: trotzdem arbeitete und arbeitet die Reaktion, wie sie wieder gezeigt hat, unermüdet ihrem Ziele zu. So war es unter dem Grafen v. Caprivi, so ist es unter dem Fürsten zu Hohenlohe, und so wird es unter seinen Nachfolgern sein, sie mögen „aussehen“, wie sie wollen, sie mögen verbindlich lächeln oder brutal voltern. Stärker als der Gehmaß einzelner Personen ist der Zwang der Verhältnisse.

Deshalb ist die Reaktion auch nicht mit mehr oder weniger ernst gemeinten Entrüstungs-Resolutionen abgethan. Ihr gegenüber heißt es: entweder — oder. Entweder man will die große Mehrheit des Volkes ausbeuten, dann muß man die Reaktion nehmen, wie sie ist, dann darf man vor keiner Gewaltthat zurückschrecken. Oder man will diese Reaktion nicht, dann muß man jede Vergewaltigung beseitigen, dann muß man dem Volke nach jeder Seite hin freien Spielraum zu seiner Entwicklung lassen.

Zwischen diesen beiden Wegen ist zu wählen. Nicht einzelne Personen, sondern das ganze System ist zu bekämpfen.

Politische Bundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichstag setzte gestern die Beratung der Gewerbesteuer, Organisation des Handwerks fort. Die Verbesserungsanträge der Linken wurden durchweg abgelehnt. Mit der Linken stimmten jenseits auch fünf Mitglieder des Centrums und zwar die Abg. Dörfling, Eug. Tischer, Moriz und Schmidt-Rainy. Die Beratung wird heute, Donnerstag, zu Ende geführt.

Ministerwechsel vollziehen sich ja in Preußen-Deutschland, ohne daß weder das preussische noch das Reichsparlament zur Sache ein Wort mitreden können. Das ist so eine der lieblichen Spiegelgebildeten des preussisch-deutschen Scheinverfassungsalismus. Aber auffällig ist es, daß bei der gegenwärtigen Krise, welche die Stellung des Reichsanwalts nach allgemeiner Ansicht sehr nahe berührt, nicht wenigstens der Bundesrath über die schwebenden Dinge in Kenntniß gesetzt und um seine Meinung gefragt wird. Es ist durchaus berechtigt, wenn die „Germania“ die Frage stellt, wie sich der Bundesrath zu der Regierungskrise stelle, und

dabei betont, daß, da nach offiziöser Angabe bei der Regierungskrise höchst wichtige Organisationsfragen in Betracht kommen, der Bundesrath dazu Stellung zu nehmen habe. Es ist aber bisher nicht bekannt geworden, daß der Bundesrath eine seiner verfassungsmäßigen Stellung entsprechende Beachtung und Inanspruchnahme während der gegenwärtigen Regierungskrise gefunden hat. Der Verlassung und ihrem föderalistischen Prinzip, sowie der Stellung und Achtung der Bundesstaaten würde es besser entsprochen haben, wenn neue höchst wichtige Organisationspläne den verbündeten Regierungen zur Kenntniß und Erörterung unterbreitet würden, statt daß man ihnen etwa die höchst wichtigen Organisationspläne als ein fait accompli zur rein formellen Genehmigung oder gar nur zur Kenntnisaufnahme vorlegt. Kann der Bundesrath sich nicht dazu entschließen, als Vertretung der deutschen Regierungen in der gegenwärtigen Situation seine Macht und sein Ansehen in die Waagschale zu werfen, so wird es umsonst eine Sache des Reichstages sein, das Recht und das Interesse des deutschen Reichstages und des deutschen Volkes zu wahren.

Die Verfassungswidrigkeit des Verfahrens, das mit der preussischen Vereinsgesetzgebung beibehalten ist und darin besteht, daß durch einfaches Spezialgesetz gemessenenfalls die Verfassung geändert werden soll, ohne ein ausdrücklich die Verfassungsänderung ausdruckendes Gesetz in den vorgeschriebenen Formen (zweimalige Abstimmung nach Ablauf von 21 Tagen) zu beschließen, ist vom „Vorwärts“ unter Berufung auf die namhaftesten preussischen Staatsrechtslehrer und die in früheren Verfassungsänderungen vorliegenden Präzedenzfälle eingehend dargelegt worden. Es wurde unumstößlich der Nachweis erbracht, daß dieses Verfahren die Verfassung nicht ändern könne und daß die selbst in zweimaliger Abstimmung beschlossene Vereinsgesetznovelle unwirksam sein müsse, weil sie der Verfassung widerspreche. Weiter wurde auch noch der Nachweis geliefert, daß auch der § 8 des jetzigen Vereinsgesetzes, der den Frauen die Theilnahme an politischen Vereinen verbietet, in verfassungswidriger Weise zu Stande gebracht ist. Das war für die Presse der Pöbel am Werke der Reaktion natürlich sehr un bequem und sie bemüht sich mit sehr winziger Logik die Treuehaftigkeit der Darlegungen des „Vorwärts“ zu entkräften. Gelungen ist das nicht. Der besonders ausgeglichene Hinweis auf das Verfahren bei Einführung der Verfassung des Norddeutschen Bundes ist nicht stichhaltig, weil damals ganz

Wahn und Wirklichkeit.

Roman von E. Höfer (E. Höferhöfer).

377
Nachdruck verboten.
„Vater! — ich will zu Dir! Ich komme schon. — So! So. — Der Grünrod ist fort, nun kann ich mich hinauswagen! Ach — da ist die freie Stelle — und da drüben — drüben —“

Die Stimme verlor sich im Murmeln, der Paroxysmus war vorüber. Brandt trocknete mit einem Tasche die heiße Stirn seines Sohnes, er kloßte ihm die Medizin ein und loderte das Kopsfistfen unter den zusammengewinkelten Haaren. „Herr Barring.“ sagte er mit gepreßtem Tone. „Sie wollen von dem, was Sie hier eben gehört haben, keinem Menschen etwas erzählen, nicht wahr?“

Der Wähler erhob sich. „Wie werde ich denn, Nachbar? Aber sagen Sie mir, soll Ihnen einer meiner Leute in der Krankenpflege beistehen? Sie können auf die Dauer unmöglich —“ Ein Kopsfistfen des Webers unterbrach den angenehmen Satz. „Um Gottes Willen nicht, Herr Barring, um Gottes Willen nicht! Ich werde ganz gut allein fertig. Tausend Dank für Ihre Güte.“

In diesem Augenblick klopfte es draußen gegen die wieder verschlossene Thür, nicht wie ein Besucher, der höflich um Einlass bittet, sondern wie Jemand, der sein gutes Recht fordert. „Machen Sie auf!“ sagte eine Männerstimme.

Brandt und Müller sahen einander an. „Was soll ich thun?“ küsterte ratlos der Weber. „O, mein Gott, was soll ich thun?“

„Jedenfalls geht die Thür offen.“ raunte Barring. „Ich sehe Ihnen bei, Nachbar, ich verlasse Sie nicht.“ Brandt hatte keine Zeit zu antworten, er dankte nur durch einen Nid, dann schloß er die Thür auf, und ein Gensdarm betrat die Hütte. Ohne sich um den Weber oder den wie todt Daliegenden zu bekümmern, ging er mit nachlässiger Hand aus. Seine Augen funkelten vor raschlächtiger Freude.

„Wer sind Sie?“ fragte er in barschem Tone.

Barring lächelte spöttisch. „Ja? — Wer ich bin? Herr Gensdarm, sind Sie erst seit gestern hier, daß Sie mich nicht kennen?“ „Reine Ausflüchte!“ herrschte der Mann des Gesetzes. „Wie heißen Sie? — Was machen Sie hier?“

Ein zweiter Gensdarm streckte, aufmerksam gemacht durch die laute Stimme, den Kops zur Thür herein. „Propp!“ rief er. „Propp!“ Das ist ja der Müller von Schläm. Sagte ich Dir nicht gleich, daß Du irren müßtest?“ Mit einem Wuthschrei trat der Gensdarm von dem vermeintlich ergriffenen Pölscher zurück. „So!“ rief er. „So! — Und was hat denn der Müller zu nachtschlafender Zeit in fremder Leute Häusern zu thun, he? Und was ist es mit dem Kranken dort? — Hat er nicht eine Schußwunde in der Brust?“

Barring zuckte die Achseln. „Viele Fragen auf einmal, bester Herr.“ lächelte er. „Aber Ihnen soll schließlich Antwort zu Theil werden. Also ich bin in diesem Hause, um den Florian zu besuchen und Nachschau zu halten, wie es ihm gehen mag.“

„Dem Schmuggler, dem Raqabonden!“ sprudelte der Gensdarm.

„Meinem Arbeiter.“ schaltete Barring ein. Der arme Dursch ist leider noch immer recht krank.“

„Und Ihr Arbeiter wäre er? Daß ist eine Lüge! Wie in den Boden hinein verfrachtet der Pölscher, gerade hier herum — und die Beschreibung paßt auf den Florian Brandt wie ein Ei zum andern. Nur einen Beweis brauche ich, nur einen Beweis, dann liegt ihm meine Hand im Nacken.“

Barring ging zur Thür. „Gute Nacht, Brandt.“ sagte er so ruhig, als sei Nichts vorgefallen. „Ich spreche einmal wieder vor. Wollen die Herren mich begleiten?“ lehte er dann hinzu.

Und knirschend folgte ihm der Gensdarm, wohl wissend, daß er dapiert sei, aber außer Stande, diesen Kampf mit Erfolg aufzunehmen. Der entkommene Pölscher hatte hier eine Zufluchtsstätte gefunden; er lag da vor seinem Augen im Bette, aber doch fehlte ihm die Möglichkeit einer Anklage, denn er hatte den Flüchtling nur im Dunkel gesehen und konnte es nicht auf seinen Diebstahl nehmen, zu behaupten: Dieser ist's gemein!

„Ich komme wieder!“ herrschte er; „haltet Euch nicht für sicher. Ich komme wieder.“

Barring blinnte über die Schulter zurück zu dem Alten. Er sah aus, als wolle er sagen: Habe ich das nicht pffig angefangen?

Der neu eingerichtete Krankenstuhl stand leer, aber nicht allein das; auch ein sehr deprimirender Eindruck war im Verlaufe dieser Angelegenheit dem Gutsheeren zu Theil geworden.

Geschäftige Heberträger — Giststauben am Körper der Welt — giebt es ja überall, — und so hatte sich auch hier ein Spion gefunden, der dem Doktor zuflüsterete, weshalb sich seiner der Dorfbesohner seiner Obhut anvertrauen wollte.

„Das möchte er wohl.“ hatten die Leute gesagt. „da wären wir ihm auf Gnade und Ungnade überlieert. Wer ihm un bequem wäre, der müßte ins Gras beißen. — ja, wir werden uns hüten!“

Rombreg empfand diese Bottschaft wie einen Mefferstich, er taumelte fast. Das also war für seine Absichten der Lohn. Das! — Er ließ das Lazareth schließen, und im Dorfe wüthete das Fieber mit wachsender Gewalt fort. Hunger und Elend zogen sich in die dunkelsten Tiefen der Dörfer zurück; es gab nur noch wenig Gefunde, und der Erwerb stocste fast ganz.

Die Kartoffeln auf den Feldern waren, als sie kaum Knollen angelegt, begerig vergehrt worden. (Fortsetzung folgt.)

„üßergewöhnliche Verhältnisse vorliegen und thätiglich auch noch später von den Gesetzgebern ausdrücklich anerkannt ist, daß die Verfassung nur durch ausdrücklichen der Verfassungänderung auszusprechenden Beschluß geändert werden könne und erst nach solchen in vorgeschriebener Form gefassten Beschlüssen die Schaffung eines mit der ungewandelten Verfassung in Widerspruch stehenden Spezialgesetzes zulässig sei. Auf diesen Standpunkt stellt sich sich nunmehr, während der „Dann. Courrier“ sich noch auf's Streiten legt, auch die ebenfalls nationalliberale „Magdeburger Jg.“ Sie weist ebenfalls die Meinung, als ob das 1867 bei der Verfassung über die Verfassung des Norddeutschen Bundes eingeschlossene Verfahren maßgebend sein könne, zurück und führt abdam als so fort: „Es ist und nicht gelungen — und wir haben und bemüht, der Sache auf den Grund zu gehen, einen Fall außer dem von 1867 festzuhalten, der als Präzedenzfall angesehen werden könnte. Im Gegenteil kann die Thatfache nicht in Abrede gestellt werden, daß 1886 und 1893 die Mehrheit des Abgeordnetenhauses es ausdrücklich abgelehnt hat, den Weg zu gehen, den man jetzt eingeschlagen hat. Damals im Nationalliberalen, Freisinnigen, Zentrum und Freisinnsozialen einig darin gewesen, daß eine Abänderung der Verfassung nur erfolgen könne durch Formirung eines bestimmten Paragraphen, der diese Abänderung bestimmt. Es entspricht auch so sehr der Sache selbst, daß man kaum verstehen kann, wie die gegenwärtige Meinung aufkommen konnte. Durch das jetzt beschlossene Verfahren wird — darüber kann man nicht hinwegkommen — eine Abänderung der Verfassung nicht beschloffen, da ihr Vorlaut derselbe bleibt, sondern es wird nur festgestellt, daß die gesetzgebenden Faktoren ein Gesetz erlassen wollen, das der Verfassung widerspricht. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der gegen die Grundzüge des Staates agitiert wird, müssen unsere Erachtens alle Parteien das größte Interesse daran haben, daß Verträge gegen die Verfassung meistentens von den gesetzgebenden Faktoren selbst nicht beantragt werden.“ Die Parteien des Abgeordnetenhauses und in Sonderheit die der Mehrheit, die es so eilig hatte, den reaktionären Plänen der Regierung zu folgen, sind da in eine schöne Patsche geraten. Die unter Berufung auf das klare Recht und die bisherige praktische Übung erhobenen Bedenken lassen sich um so weniger ignorieren, als die Gefahr entsetzt, daß eventuell gerichtlich die Verfassungswidrigkeit und damit die Ungültigkeit der Gesetzesänderung festgestellt wird. Der „Vorwärts“ versteht bereits, daß wenn der Beschluß trotz aller Einwendungen erfolgen sollte, die Frage zur gerichtlichen Prüfung gebracht werden solle. Man kann unter diesen Umständen gespannt darauf sein, ob das preussische Abgeordnetenhaus sein verfassungswidriges Beginnen fortsetzen oder sich noch im letzten Augenblick auf seine bedauerliche Pflicht, nur innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen Gesetze zu beschließen, besinnen wird. Im letzteren Falle würde also erst das Gesetz auf Abänderung der Verfassung in dreimaliger Sitzung beschloffen, dann der Beschluß nach drei Wochen wiederholt werden müssen. Dann erst könnte erneut die Beratung der Vereinigungsverhältnisse wieder von vorne angefangen werden, ebenfalls mit Wiederholung des Beschlusses nach drei Wochen. Im Fernerhaufe müßte sich dieselbe Prozedur abspielen. Darüber würde der ganze Sommer vergehen, so daß an ein Justizbekenntnis nicht zu denken wäre. Vielleicht besinnen sich die Nationalliberalen doch noch und machen diesem Gange und Wange ein kurzes Ende.

Eine lächerliche Komödie spielt die „Nothd. Allgem. Jg.“. Jetzt, nachdem der bisherige Präsident des Reichsverwaltungsamtes, Dr. Bödler, aus seinem Amte von der Schirmherrschaft Glücke hinweggeführt worden ist, weiß plötzlich auch dieses offizielle Organ nur Gutes von ihm zu sagen. Es schreibt: „Die Verdienste, welche Herr Dr. Bödler insbesondere auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung und bei der Leitung des Reichsverwaltungsamtes, dessen Präsident er seit der Errichtung desselben gewesen ist, sich erworben hat, rechtfertigen das lebhafteste Bedauern, welches die zunächst betroffenen Kreise und besonders auch die Reichsverwaltung über das Ausscheiden aus seiner Stellung empfinden.“ — Unglaublich! Wenn die Reichsverwaltung das Schneiden des verdienten Mannes, dem bei der Entlassung auch der Kaiser Anerkennung hat zu Teil werden lassen, wirklich so lebhaft bedauert, warum hat sie denn nicht Alles getan, ihn zu veranlassen, im Amte zu bleiben, statt ihm daselbe zu verleiern? Warum müssen die Pöbel über diesen Mann triumphieren? Herr Dr. Bödler wird das Lob des offiziellen Blattes wohl gebührend zu würdigen wissen. Die Besetzung des Postens wird sich wohl verändern, bis sich entschieden hat, wer an die Spitze des Reichsamtes des Innern tritt. Außerdem lebt man jetzt keine Ueberzeugung. Man denke nur, wie lange schon das Reichspostamt unbesetzt ist. Es erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß an dessen Spitze ein Militär treten soll. Wer weiß, vielleicht findet sich ein solcher auch für das Reichsverwaltungsamt. Denn bunt' Luch ist Trumpf.

Das Gottesgedenkthum hat man bisher immer nur für regierende Fürsten in Anspruch

genommen, nicht auch für „Untertanen“ die nach der christlichen Lehre freilich ebenfalls Raster Gottes sind. Der preussische „Unterthan“ Kaiser Robellschwings in Bielefeld ist der Erste, dem auch Gottesbegnadigung zuerkannt wird. Der Kaiser nannte ihn in seinem von uns mitgetheilten Trinkspruch nicht nur einen gutbegnadeten, sondern einen von Gott gesandten Mann. Und weshalb? Weil dieser Mann der Schöpfer der sogenannten Arbeiterkolonie ist. Wir erwähnten schon, wie wenig die Grübningen dem Interesse des Handwerkers entsprechen. Thatsache ist ferner, daß die Arbeiterkolonien schon sehr oft höchst ungünstige Kritik in Betreff ihrer Einrichtungen zu erfahren hatten. Besonders die Pflanzlinge des Herrn Pastors selbst haben sehr oft solche Kritik geübt. Die „Frankfurter Zeitung“ konstatirt: „Es sind recht barte Klagen über die dort zu Teil werdende Behandlung laut geworden, die dahin gingen, daß die Bezahlung, Pflege und Behandlung in einem starken Mißverhältnis stände zu der schweren Arbeit, die man von ihnen verlange, und daß von einer „Liebes“-Thätigkeit dort wenig zu verspüren sei. Erst neuerdings sind darüber wieder in einer Professoren Entfaltungen gemacht worden, wegen deren Herr Robellschwings, wie er behauptet, gegen den Verfasser Klage angehängt hat. Bielefeld bringt die Berichtserhebung Aufstellungen, welche die Robellschwingschen Anstalten in der Werthschätzung auch derjenigen herabsetzen würden, die ihren Schöpfer mit einem heiligen Geist umgeben.“ Die Berliner „Volls-Zeitung“ erinnert an die bekanteten Entfaltungen über die Behandlung der Pflanzlinge in den Robellschwingschen Ziboten-Anstalten, eine Behandlung, welche vom Standpunkt der wissenschaftlichen Erziehung sehr scharfe Angriffe erlief. „Herr Pastor v. Robellschwings ist in theologischer Hinsicht ein Orthodoxer von der Richtung Stöckers; er ist ein Zeufels- und Dämonengläubiger, der mit den Anschauungen eines Paters Aurelian von Wendling viele Berührungspunkte hat; er vertritt die Ansicht, daß die Heilung von geistig Schwachen und geistig Kranken in erster Reihe sich auf die Ausrottung der bösen Dämonen durch „Jonsluft“ — wie man sich in seinen Kreisen in der orthodoxen Theologie eigenen Sprachweise ausdrückt — stützen müsse. Im Uebrigen sind die Anstalten des Pastors von Robellschwings im Sinne einer pietistischen Bildungsgläubigkeit gehaltenen Traktatensammlung. Soweit Herr v. Robellschwings über die Ziboten- und Epileptikerbehandlung hinaus sich etwa sozialpolitisch betätigt hat, darf er als ein Vertreter der christlich-sozialen Ideen seines intimen Gesinnungsgenossen Stöcker gelten.“ Die „Volls-Zeitung“ erklärt deshalb mit Recht: „Vom Standpunkte einer liberalen Weltanschauung und einer liberalen politischen Anschauung aus werden alle diejenigen, die diese Anschauung theilen, über die Bedeutung des Herrn v. Robellschwings für den Kampf gegen den Unmuth zu anderen Resultaten gelangen müßten, als der Kaiser. Dies offen auszusprechen, ist die Pflicht jedes Mannes, dem seine möglicherweise Ueberzeugung das Rechte und Gerechte ist, was er hat.“ — Ohne Zweifel, der Ansicht des Kaisers vom Rechte der Robellschwingschen Unternehmungen steht die Ansicht vieler Hunderttausende Staatsbürger scharf gegenüber.

Ein Mann, der seine Zeit versteht, ist der Abg. Dietrich Hahn, gemeinlich Bismarck-Hahn genannt. Er hat es verstanden, den Allen vom Sachsenwald als Platzmacher für sich zu verwenden, und einmal in der Karriere, ist er sehr schnell vorwärts gekommen. Dieser Tage wurde er zum Direktor des Bundes der Landwirthe gewählt. Dietrich Hahn ist noch jung und wird es sicherlich weit bringen.

König Stumm scheint thätiglich politisch abdanken zu wollen. Dem „Samb. Corresp.“ wird unterm 22. Juni aus Berlin telegraphirt: Stumm hat in letzter Zeit nach verschiedenen Seiten hin, von denen seine Förderung nationalpolitischer Zwecke beispielsweise auch in Marinefragen angegangen wurde, auf das Alteschiedende erklärt, daß er sich von der aktiven Politik vollständig zurückziehen entschlossen sei. — Ein erlösendes „Ist“ wird man ihm kaum nachrufen, aber eine Rücke wird er auch nicht zurücklassen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Mainz wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Der Steinwäger Johann Klein aus Bedenheim hat in einer Wirthschaft zu Naad im Privatgespräch geäußert, der deutsche Kaiser sei in Hinsicht auf sein Einkommen gerade so gut Sozialdemokrat als er selbst. Obgleich der darauf Angeklagte in der heutigen Sitzung der Strafkammer den Nachweis erbrachte, daß er der sozialdemokratischen Partei und zu deren Programm in gar keiner Beziehung steht, erklärte das Gericht die Bezeichnung „Sozialdemokrat“ auf den Kaiser angewendet, als eine Beleidigung. Der Staatsanwalt beantragte 5 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf 2 Monate.

Bayerisches. Aus Kulmbach berichtet die „Frankische Tagespost“: „Wir konnten vor einigen Tagen mittheilen, daß seitens der Regierung die Ausweisung unseres Parteigenossen Roth aus Kulmbach als ungerechtfertigt aufgehoben wurde. Roth begab sich sofort nach Kulmbach, um sich beim Bürger-

meister anzumelden; der Empfang war nichts weniger als freundlich, denn dem Bürgermeister that die erlittene Schlappe sichtlich wehe und er erklärte dem Roth kurz und bündig: „Heute können Sie hier bleiben, aber wenn Sie die Stadt morgen wieder betreten, dann werden Sie von zwei Schußleuten hinausgebracht. Ich erlaube Verhaftung; vor dem Herft kommt Sie nicht herein.“ Wirtlich erhielt Genosse Roth am anderen Tage ein Schriftstück zu, in dem es hieß, daß er unversehens in die Stadt Kulmbach bis auf weiteres unterhaft und ihm für den Fall, daß er in der Stadt betreten werden sollte, die Festnahme angehängt.

Zentrumsfragen. Die Bauernopposition in Niederbayern dürfte den Zentrumsleuten noch mancher böse Stunde bereiten. Der Widerwille der bayerischen Bauern, die wahrlich gute Katholiken sind, gegen die berechnende, schamflehende Politik der Partei führt zu scharfen Auseinandersetzungen. So zählt jetzt das Organ des niederbayerischen Bauernvereins, der „Niederbayerische Bauer“, dem Zentrum eine ganze Liste seiner Sünden auf. Das Blatt befragt die Aufseher der Reichsbeamten, den Antrag Bauer auf Ausbesserung der Staatssekretäre, erklärt, daß das Zentrum in der Vereinsgehege, „wie schon öfters“, dupirt worden sei, daß das Zentrum, insbesondere Dr. Lieber, in der Majestätsbeleidigungs-Debatte seinen Mann nicht gestellt, indem, wie sich Dr. Lieber in der Marinefrage betragen u. Wir wollen keine Beamtenausbesserung, keine Ausbesserung der Offiziersgehälter, die nur dem Militarismus zu gute kommt, ruff das Bauernblatt. Der Artikel, der scharf und klar, mit vollem Bewußtsein dessen, was er sagt und was sein Sorgen bedeutet, geschrieben ist, schließt mit folgenden Worten: „Es ist auf das Verdienst des Herrn Dr. Lieber bei der Marinevorlage hingewiesen worden. Allein zu unrecht. Dr. Lieber hat in dieser Frage gar kein Verdienst, denn als dieser Herr die angebliche Aeußerung des Kaisers, welche letzterer zu Stumm gemacht haben soll (Kulmbach) hörte, da fiel ihm das Herz in die Hufe und er war bereit, die ganze Marinevorlage zu genehmigen, wenn nicht andere Herren und die Zentrumspreffe dazwischen gekommen wären. Ja! Ja! Wenn wir auch fern von Madrid wohnen, so hören wir doch Manches, was man eigentlich nicht hören soll.“ — Diese Dinge dürften den Zentrumsführern wenig Freude bereiten. Sie werden alle Mühe haben, daß der bayerische Pfeiler ihres „Thurmes“ nicht unterhölet und zu Fall gebracht werde.

Oesterreich-Ungarn.

Wudapst, 22. Juni. Die Erkenntnis, daß der drohende Centreitral auf die unerhörte Ausbeutung und die Auferschließung der sozialpolitischen Pflichten der Regierung zurückzuführen ist, kommt allmählich auch in Ungarn zum Durchbruch. So schreibt der „Pester Lloyd“: „Die Situation ist freilich nicht erst von heute; schon seit einigen Jahren wird theils offen, theils verdeckt der Konflikt zwischen den Feldarbeitern und den Bodenbesitzern geführt und der Agrarsozialismus konnte bei uns durch das unglückselige Zusammentreffen einer unermüdbaren auswärtigen Agitation und eines durch Indolenz sich ändernden Unverhältnisses im Lande sich so fällig und verhängnisvollswanger entfalten. In allen Industriestätten ist man schon energisch daran gegangen, das materielle Loos der Arbeiterschaft zu verbessern, man hat in richtiger Würdigung dessen, was sie zum Anwachsen des Gesamtvermögens beitragen, theils aus staatslicher und, was ungleich besser war, aus gesellschaftlicher Initiative her direkt Interferenzen her nicht nur zu einer humanen Regelung der Arbeitsverträge und zu einer möglichst unbefangenen und unparteiischen Schlichtung jeweilig auftretender Streitfragen beigetragen — nein, man hat auch dafür gesorgt, dem Arbeiter bei Krankheit und Unfall beizustehen. Nun, wir sind ein arbeitsbetreibender Staat; wir haben uns an jenen Staaten für die Arbeiter in unseren gewerblichen Betrieben, die ohnehin nur noch spärliche sind, ein ganz hübsches Muster genommen, wir ahmen ihnen, so weit unsere Kräfte reichen, mit altem Eifer nach. Aber hätten wir, gerade weil wir ein vorwiegend noch arbeitsbetreibender Staat sind, nicht auch die Feldarbeiterschaft in entsprechender Weise mit unserem Wohlwollen und unserer Sorgfalt bedenken sollen, wäre das nicht die pössliche und schändlichste Art gewesen, den Hebern entgegenzutreten und ihrer Agitation vorzubeugen?“ — Wenn es von dem „Pester Lloyd“ auch falsch ist, gleich dem Bürgermeister von Králmóndt den auswärtigen Agitatoren einen Theil der Schuld an dem drohenden Streit und dem gespanntem Verhältnis zwischen Landarbeitern und Bodenbesitzern zuzuschreiben, so ist die Erkenntnis, daß der Staat endlich einmal für die qualitäten und hungernden Feldarbeiter etwas thun müsse, erfreulich. Die Krankenversicherung freilich genügt nicht. Die Arbeiter brauchen von allen Dingen Brod und Freiheit, Koalitionsfreiheit, nicht Pöbel und Wirturen. Da die Bodenbesitzer aber in der Regierung sitzen, so ist auf eine gründliche Sozialreform nicht zu hoffen.

Frankreich.

Paris, 22. Juni. Die französische Kamme steht im Begriff, eine Vernehmung zu erlangen. In parlamentarischen Kreisen beschäftigt man sich

gegenwärtig mit einer von dem Deputierten des Vienne-Departements, Bazille, aufgeworfene Frage, der die Maßregeln bei der Rekrutierung erweitert will. Bis jetzt war der kleinste französische Soldat 1,54 Meter hoch. In Zukunft soll dieses Maß auf 1,53 Meter herabgesetzt werden. Man hofft dadurch, der Kamme einen Zuwachs von etwa 10 000 Soldaten zu verschaffen. Mehrere höhere Offiziere sind sogar der Ansicht, daß diese Grenze bis auf 1,50 Meter gebracht werden könne. Die auf diese Weise rekrutierten Soldaten sollen den leichten Kavallerieregimenten und Alenjanern, soweit sie leicht equipirt sind, zugestrichelt werden. Die Armeeführung ist in ihrer letzten Sitzung dieses Themas bereits erörtert und ihren Präsidenten Mitgliedern beauftragt, darüber mit dem Kriegsminister zu konferieren.

Belgien.

Brüssel, 22. Juni. Die Repräsentantenkammer nahm bei 3 Stimmenthaltung mit 79 gegen 56 Stimmen die Gesetzesvorlage an betr. den Ankauf der Eisenbahn „Grand Central Belge“ und der Nebenlinien durch den Staat.

Italien.

Rom, 22. Juni. In der Deputiertenkammer ergriffen bei der Beratung des Budgets des Innern zahlreiche Redner für und gegen die Regierung das Wort. Als Gegner sprachen besonders Fortis und Baccelli, zu gunsten der Regierung sprach Martini. Vor der Abstimmung nahm der Ministerpräsident di Rudini das Wort. Er bestritt, daß er genöthigt sei, sich auf heterogene Parteigruppen zu stützen. Er könne nicht unter feiner eigenen Flagge und nach seiner eigenen Ueberzeugung regieren. Aber eine durchaus gleichartige, nach ihren Grundanschauungen in allen Fragen eine Majorität gebe es in keinem europäischen Parlament. Das, worauf es ankomme, sei aber, daß die Mehrheitsgruppen über alle Hauptfragen, nach welchen sich die Parlamentarierparteien eben absonderten, einig seien. (Zustimmung.) Er fordere die Kammer auf, die Tagesordnung Caetani anzunehmen, welche lautet: Die Kammer billigt die Regierungserklärungen, welche die Unabhängigkeit der Gerichtsbehörden betonen, und geht zur Beratung der einzelnen Kapitel des Budgets des Innern über. Dierauf folgt die namentliche Abstimmung über die Tagesordnung Caetani. Diefelbe wird mit 175 gegen 133 Stimmen angenommen.

Deutscher Reichstag.

214. Sitzung vom 22. Juni.

Präsident v. Baul eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundesratsbüro: Fredebe, v. Bütticher.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Handwerkervorlage.

In der Generatalsitzung nimmt das Wort Abg. Richter (Hörs.). Wir sind in einer eigenthümlichen Lage. Innerhalb der Regierung liegen Personalveränderungen bevor. Herr v. Bütticher soll vor seinem Austritt Resonanz geben. Es wäre zu bedauern, wenn diese Vorlage die letzte während seiner 14jährigen Thätigkeit wäre. Denn sie wird nur Zustimmung erlangen. Sowohl ist es ein sozialpolitischer Vorstoß, als die Parlamente zu veranlassen, die Personalveränderungen erledigt sind. Man weiß ja gar nicht, ob die kommenden Wähler mit den Vorlagen der früheren Minister einverstanden sind. Ich möchte diese Bedenken gegen die Weiterbehandlung der Vorlage ausprechen.

Staatssekretär v. Bütticher: Die Bedenken des Herrn Richter sind hinsichtlich, daß ich ein Mißverständnis nach nicht eingerückt. Im Uebrigen sind die Beratungen der Vorlage nicht von mir, sondern ist eine Vorlage des Bundesrats. Der Abg. Richter mag sich beruhigen. Dorthat hat die Terminangelegenheit nicht gelagert, wenn sie vielleicht auch immer näher rückt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Richter (Hörs.): Es handelt sich doch nicht um ein Gesetz für den Kaiser, sondern um ein großes nationales Gesetz. Der Minister hat das Verlangen einer Ministerkrise auch nicht bestritten. Ich meine also, die Bedenken sind nicht begründet.

Staatssekretär v. Bütticher: Ich bitte den Abg. Richter nochmals, den Terminangänger zu veranlassen. In letzteren bin ich bereit, wenn die Bedenke, so gut oder so schlecht ich es vermag, vertreten. Ich verheißt die Bedenken des Abg. Richter nicht. (Beifall rückt.)

Abg. Willebrand (Anti.) trägt in längerer Rede Bedenken gegen die Vorlage vor, die ihn in unrichtiger Weise nicht genug geteilt und weber Hörs noch Reich ist. Das Zentrum und die Konservativen müßten logischer Weise für Anpassungen stimmen.

Staatssekretär v. Bütticher: Der Redner hat die alte Legende fortgesetzt, daß ich als unverschämter Wucherer im Bundesrat gegen die unverschämte preussische Handwerkervorlage gestimmt hätte. Das ist nicht richtig. Ich habe an allen Sitzungen des Bundesrats über die Vorlage Theil genommen und für die Vorlage gestimmt.

Abg. Wagner (Zent.) bezieht sich als unverschämter Bedenker, daß die einzige Grundursache der Kommissionsberatung, die Bestimmung, daß Bedenke nur von den zur Führung des Ministeriums Berechtigten ausgeübt werden dürfen, in seiner Weise wieder geschritten werden sei, und zwar auf Antrag der Freisinnigen. Diefen liegt nur daran, daß im Bundesrat Alles besser und drüber geht; deshalb hätte ich auch diese Vorlage abzuwickeln geschickt, die in ihrer jetzigen Form gerade aus eine Unmöglichkeit des Vordringens zu bedeuten sei. (Große Heiterkeit.) Die Organisation, wie für die Beratungen der Vorlage zu kommen, weil sie einen gewissen Schritt zum Ziele darstellt. Aber solche „ersten Schritte“ that wir seit vielen Jahren und kommen nicht von der Stelle. Weitergehen können nur von wirklichen Wirken ausgebildet werden, nicht von Reden, die sich eine Hebel gemacht haben. Das ganze Parlamentäre Verhältnisse ausbilden dürfen, sollte eigentlich als großer Erfolg betrachtet werden. (Große Heiterkeit.) Ueber ist es noch, aus welchen Kreisen die Staatskommission für die Handwerkerorganisation gewählt werden sollte. Dorthat nicht aus den Kreisen der pensionierten Offiziere. Dorthat nicht das Amt auch nicht nur im Rahmen bestritten. Ich habe noch viele Bedenken gegen die Vorlage.

Waarenhaus B. S. Bührmann.

Alleinverkauf für Wilhelmshaven und Umgegend.



Herkules-Wolle

ist die beste aller Strickwollen.

✚ Vorzüglich in Haltbarkeit und Farbe! ✚



Häuser-Verkäufe.

Unter meinem Nachweise stehen zwei Häuser an der Grenzstr., mehrere Häuser an der Mittelstraße, sowie ein Grundstück mit größerem Holzschuppen (Kohlengeschäft) zum beliebigen Antritt unter sehr günstigen Bedingungen zum Verkauf.

Latann, Häuserverwalter.

Sofort preiswerth zu verkaufen!

- 1 Petroleumbehälter, 220 Liter fassend, mit Pumpe, Rohr und Messglas.
- 1 Petroleumbehälter, 30 Liter, mit Messglas.
- 1 Faszumpfe, 1 Entwässerungsrohr, 24 Ctm. Länge.
- 1 Flaschenbir- Abziehmaschine mit 4 Hebeln.
- 1 eis. Kessel v. 30 Liter Inhalt.
- 2 Backofenhüfen mit Röhren.
- 2 gute Kochmaschinen.
- 1 vierrädr. Bäckerwagen für ein Pferd.
- 1 eiserner Stubenofen.
- 4 Fach Stubenfenster m. Rahmen 2 x 1,10 Meter.
- 2 Studentenhüfen mit Beschlag.
- 1 große Kaffeemühle zum Anschrauben.
- 1 Kinderbettstelle mit Matrage.
- 1 Schüßentafel, 1 Seitengewehr
- 1 Wäschekorb und viele leere Fässer und Kisten.

Johannes Arndt, Bant.

Zu verkaufen 30 Stück beste Zerkel, 6 bis 12 Wochen alt.

A. Wessels, Heppens.

Zu vermieten

eine schöne vierrädr. Unterwohnung auf sofort oder später.

S. Tonjes, Neue Wiltb. Str. 21.

Zu vermieten mehrere Oberwohnungen

zum 1. Juli bezw. zu 1. August d. J. Heppens, 21. Juni 1897.

S. P. Harms.

Zu vermieten

ein möbl. Zimmer auf sofort oder später.

Ein möbl. Zimmer

zu vermieten.

Grenz, Berl. Peterstr. 40, II (preuß.).

Logis f. mehrere junge Leute

Bremer Straße 5.

Norderney.

Suche auf sofort

2 tücht. Rockschneider.

G. Janssen, Schneidemeister.

Billig zu verkaufen ein gebrauchtes Fahrrad

mit Luftreifen, sowie eine gebrauchte Nähmaschine.

J. Niemeyer, Bismarckplaz.

Alle Damen- u. Herren-Mode-Journale

sowie sämtliche Fachschriften liefert pünktlich

Die Buchhandl. d. Nordd. Volksbl. Neue Wilhelmshavener Straße 38.

Kautschuk-Stempel und Vereins-Abzeichen

liefert schnellstens

G. Buddenberg, Neue Wiltb. Straße 3.

Wein gut assortirtes

Weinlager

bringe hiermit in empfehlende Erinnerung und halte mich bei Bedarf bestens empfohlen.

R. Koil, Drog. z. Roth. Kreuz.

Conrad Heilemann's Möbel-Magazin Bant Neue Wilhelmsh. Str. 37 Bant

ist außerordentlich reichhaltig assortirt und hält sich bei günstigen Zahlungsbedingungen bestens empfohlen.

Grosses Lager von Möbeln, Spiegeln u. s. w., von den einfachsten und billigsten bis zu den elegantesten und theuersten. Ganze Zimmer- und Küchen-Einrichtungen werden auf Wunsch sofort geliefert und bietet sich namentlich Brautpaaren zur Einrichtung ihres Haushaltes bezw. jungen Eheleuten zur Komplettierung ihres Hauses Gelegenheit. Matratzen in allen Preislagen. Eigene Matratzen-Fabrik im Hause. Bestellungen auf selbstgefertigte Matratzen werden zu jeder Zeit entgegengenommen.

Beste 5 u. 6 Pf.-Cigarren

empfiehlt G. Buddenberg, Neue Wiltb. Straße 3. Verkaufsstelle der Tabakarbeitergenossenschaft Hamburg.

Reinigen 1,50 M. neue Feder 1,50 M. Uhrglas 30 S. J. Schöneboom, Uhrmach. N. Wiltb. Str. 31.

Eichen-Hackholz Wagen-Deichseln Lärchene Räder Fußbodenleger

habe abzugeben.

S. Kuten, Zur deutsch. Etzbe, Post Bant.

Tafel-Biere

sowie ff. Porter aus der Brauerei von Haase & Comp. in Bremen

in Gebinden und Flaschen zu den billigsten Preisen. Wiederverkäufern gewähre ich besondere Vortheile.

Otto Müller, Wilhelmshaven, Kieler Straße.

Papierwäsche

empfiehlt G. Buddenberg, Neue Wiltb. Straße 3.

Wir empfehlen unsere hochfeinen, nur aus Malz, Hopfen und Wasser hergestellten hellen und dunklen Lager-Biere

in Gebinden und Flaschen zu den billigsten Preisen. Wiederverkäufern können wir als Produzenten besondere Vortheile bieten.

St. Johanni-Brauerei.

Kauser: Ede Göker- u. Hinterstraße.

Ausverkauf!

Eine große Partie Damen-, Herren- und Kinder-Sonnenschirme,

Strohhitze, Blumen und Bänder,

Strümpfe in Baumwolle, foulleurt und schwarz,

Gut sitzende Korsetts in allen Weiten

verkaufe zu jedem annehmbaren Preise.

H. Hitzegrad

Berksstraße.

Mitglieder des Banters Konsumvereins erhalten Dividendenmarken.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29)

Sonntag den 27. Juni cr. Nachm. 3 Uhr:

General-Verammlung

im Lokale des Herrn E. Janssen, Neubr. Tages-Ordnung:

1. Lebung der Beiträge.
2. Vorhandlmahl.
3. Verschiedenes.

Diesigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, anderenfalls nach dem Statut (§ 5) verfahren wird.

Arbeiter-Turn-Verein Phönix.

Freitag: Übungabend f. Contre. Anfang präz. 8 1/2 Uhr.

Empfehle die hochfeinen hellen und dunklen Biere

aus der Wilhelmsh. Actienbrauerei.

Zu Flaschen u. in Gebinden von 10 Liter an.

Wiederverkäufern gewähre besondere Vortheile.

Otto Schnieder, Kieler Straße 69.

Stern's Reisehandbuch

mit Eisenbahnkarte und zwei Orientierungskarten.

Preis 1.50 Mt. Buchhandlung des Nordd. Volksbl. Bant, Neue Wiltb. Str. 38.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen 6 1/2 Uhr verschied unser lieber Sohn und Bruder Hermann

im zarten Alter von 5 Monaten, was wir tiefbetrübt den Aergern allen Freunden und Bekannten zur Anzeige bringen.

Neubremen, den 24. Juni 1897. S. Meyer und Frau nebst Kindern und Angehörigen. Die Beerdigung findet Sonnabend Nachm. 3 Uhr v. Sterbehause, Grenzstr. 16, aus statt.

Die Betten- * * * Ausstellung

In unserem neuen Geschäftslokal ist außerordentlich sehenswert und haben wir dieselbe gegen früher ganz bedeutend vergrößert. Wir legen auf die Betten-Abtheilung ganz besonderen Werth und verfolgen wir mit der Ausstellung fertiger Betten den Zweck, um sofort zeigen zu können, wie diese oder jene Sorte Federn ein Bettstück ausfällt. Durch unseren Massen-Konsum in Bettfedern und Inlettstoffen sind wir in der Lage, neben guter, gediegener Waare unseren Kunden die allerbilligsten Preise einzuräumen zu können. Daß wir nur gute, staubfreie Federn und absolut federdicke Inlettstoffe zu unseren Betten verwenden, ist allgemein bekannt.

Jedem, der sich dafür interessiert, unsere Betten-Ausstellung anzusehen, wird dieselbe gern gezeigt und wird derselbe die Ueberzeugung gewinnen, daß man Betten nirgends besser und billiger kaufen kann als bei

Wulf & Franckson.